

Guatemala: Einsatz für global Gerechtigkeit – ExpertInnen zu Gast in Wien

MUT.MACHT.GESELLSCHAFT

**Menschenrechtsaktivisten Hilda Elizabeth Cabrera López und
Elvis Santiago Morales Sican zu Gast in Wien:**

Buchpräsentation und Diskussion: DAS WEIBLICHE GESICHT DES
WIDERSTANDS – Der Kampf indigener Aktivistinnen gegen
Unterdrückung und Gewalt in Guatemala, am 26. April 2017, 19h
im Afro-Asiatischen-Institut (Einladung)

Interviewmöglichkeiten mit den beiden Gästen in Wien von 24. –
30. April 2017 in Wien. Kontakt: wien@welthaus.at, +43 (676)
491 8562 (Info zu den Gästen)

Hilda Elizabeth Cabrera López lebt in Guatemala
Stadt und ist die Programmkoordinatorin von MIRIAM-Guatemala,
einer Organisation zur Förderung der Aus-, Fach-, und
Weiterbildung von insbesondere indigenen Frauen. Sie ist
Soziologin und war selbst Stipendiatin von MIRIAM. Sie gibt
Workshops zur Mediation von Konflikten in Gemeinden. Denn in
Guatemala haben sich das Schweigen und die
Angst als Überlebensstrategie durchgesetzt und um den
Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen muss gemeinsam
gehandelt und zum Umdenken bewegt werden. Bildung ist für
junge indigene Frauen ein Weg, um ihren Lebensweg selbst zu
bestimmen. Beratung und Begleitung zur Bewältigung von
Gewalterfahrungen und die gleichzeitige Stärkung durch den
Rückhalt der Gruppe und das Reflektieren des eigenen
Lebensprojekts ergänzen ihre Arbeit.

Elvis Santiago Morales Sican, aus San Lucas Tolimán,
Guatemala, ist für die Beratung und Begleitung von

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zuständig. Als Agraringenieur ist er überzeugt, dass der Erhalt alten Wissens und traditioneller Praktiken in der Landwirtschaft eine Lösung für die anhaltende Armut und Unterernährung am Land ist. „Denn“, so Elvis Morales, „wir wurden geschaffen um glücklich zu sein.“ Das „Bauern und Bäuerinnen-Komitee des Hochlands“, kurz CCDA, ist Vorreiter der Biolandwirtschaft und des Ökotourismus in der Region. Von Kursen in ökologischer und biodynamischer Landwirtschaft bis hin zum

Widerstand gegen die aktuelle Bergbau-Politik basieren alle Themen der Organisation auf dem Konzept des Guten Lebens. (Buen Vivir)

„Suff und Sühne“: Lesung und Gespräch mit Gary Victor (Haiti) in Dornbirn, Innsbruck, Linz und Graz



Bildrechte: (c) Pedro Ruiz

Gary Victor liest in ganz Österreich aus seinem neuen Krimi „Suff und Sühne“, im Anschluss an die Lesung folgt ein Autorengespräch. Wolfgang Klingler liest auf deutsch.

In „Suff und Sühne“ dreht sich wieder alles um Inspektor Azémar, einen Ausnahmepolizisten, der die abstrusesten Fälle aufklärt, aber da er sich der allgemeinen Korruption verweigert, als Versager gilt, dem nur noch der Alkohol Trost

spenden kann. Die von seinem Vorgesetzten verordnete Entziehungskur trifft ihn daher besonders hart. Ausgerechnet jetzt wird er mit einem neuen Fall konfrontiert. Die Spur führt zum UN-Militärkontingent in Haiti. Was verbirgt sich hinter dem angeblichen Selbstmord eines Generals? Wer hat den Sohn einer der mächtigsten Familien des Landes entführen lassen? Was hat der Bandenchef mit dem seltsamen Namen Raskolnikow damit zu tun? Als Azémar begreift, wie alles zusammenhängt, kann er sich ein weiteres Mal nur auf seine Beretta und seine Reflexe verlassen ...

Gary Victor, geboren 1958 in Port-au-Prince, Haiti, ursprünglich Agronom, gehört zu den meistgelesenen Schriftstellern seines Landes. Viele seiner Gestalten sind zu feststehenden Typen geworden. Außer Romanen, Erzählungen und Theaterstücken, für die er mit mehreren Preisen, darunter dem *Prix du livre RFO* und dem *Prix littéraire des Caraïbes* ausgezeichnet wurde, schreibt er auch Beiträge für Rundfunk und Fernsehen, die in Haiti regelmäßig für Aufregung sorgen. Sein schonungsloser Blick auf die Gesellschaft stellt ihn in die Tradition der Sozialromane des 19. Jahrhunderts und macht ihn zum subversivsten Gegenwartsautor Haitis.

Der Autor wird begleitet von seinem Verleger Peter Trier (litradukt).

Wann: 27.3.2017, 19h

Wo: Spielboden Dornbirn, Veranstaltungssaal

Kontakt: suedwind.vbg@suedwind.at

Wann: 28.3.2017, 19 Uhr,

Wo: Buchhandlung liber wiederin Innsbruck

Kontakt: suedwind.tirol@suedwind.at

Wann: 29.3.2017, 19h

Wo: Stadtbibliothek Graz Nord

Kontakt: suedwind.stmk@suedwind.at

Wann: 30.3.2017, 19h

Wo: Gasthaus Alte Welt, Hauptplatz 4, 4020 Linz

Kontakt: ooe@suedwind.at

Die Veranstaltung wird organisiert von Südwind.

<http://bit.ly/2mmXl3u>

Menschenrechte unter Druck

Die Menschenrechte sollten unveräußerlich sein und dem Schutz aller Menschen dienen und werden dennoch in fast allen Staaten der Welt verletzt. Christina Bell analysiert.

In 113 Ländern wurde im Jahr 2015 die Meinungs- und Pressefreiheit willkürlich eingeschränkt, in 122 Staaten Menschen gefoltert oder anderweitig misshandelt. 30 Länder schickten Flüchtlinge in Länder zurück, in denen ihr Leben bedroht war... Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International lieferte bei der alljährlichen Präsentation ihres Jahresberichts eine bedrückende Bestandsaufnahme der Situation weltweit.

Auch Europa. Galt Europa lange Zeit als Bollwerk für die Wahrung der Menschenrechte, droht dies mittlerweile zu bröckeln: Zum Entsetzen des halben Kontinents erklärte Österreichs Außenminister Sebastian Kurz Anfang Juni, Europa solle sich doch Australiens Flüchtlingspolitik zum Vorbild nehmen. Australien erntete für drastische Maßnahmen – etwa mit Flüchtlingen besetzte Boote auf hohe See zurück zu schleppen oder die Menschen in Lagern auf abgelegenen Inseln zu internieren – massiv Kritik. Aber in Zeiten, in denen keine Lösung im Umgang mit den globalen Fluchtbewegungen in Sicht ist, scheint jeder Staat sich selbst der nächste zu sein. So

auch Österreich, das vorsorglich den Notstand ausruft, ohne sich um dessen Vereinbarkeit mit Völker- und Menschenrechten zu kümmern.

„Nicht nur unsere Rechte stehen unter Druck, sondern auch Gesetze und Systeme, die die Menschenrechte schützen sollten“, sagte Amnesty-Generalsekretär Salil Shetty in Bezug auf den erwähnten Amnesty-Bericht.

Das menschenrechtsfeindliche Klima bekämen auch die Vereinten Nationen zu spüren, beklagte Shetty. Manche Regierungen erschwerten die Arbeit der UNO willentlich. So habe der sudanesischer Präsident Umar al-Bashir im vergangenen Jahr unbehelligt an einem Gipfel der Afrikanischen Union teilgenommen – trotz internationalen Haftbefehls wegen Kriegsverbrechen.

Unliebsame Kritik. Es ist eine beunruhigende Tendenz, die rund um den Globus zu beobachten ist, und internationale Organisationen sind davon ebenso betroffen wie die Zivilgesellschaft. Ein im Mai veröffentlichtes Paper der Heinrich-Böll-Stiftung beschreibt, wie „Regierungen auf allen Kontinenten und unabhängig vom Regierungstyp“ massiv gegen zivilgesellschaftliche Initiativen vorgehen. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ berichtete bereits 2015 über die weltweiten Repressionen gegen NGOs und ortete dahinter eine Krise der Demokratie: Deren Akzeptanz befinde sich auf dem niedrigsten Stand seit 1989. Hätten sich bislang selbst die meisten der autoritären Regierungen offiziell zu den Menschenrechten bekannt, zögen sie nun immer offener gegen sie zu Felde.

Auch die Institutionen, die die Menschenrechte hochhalten, geraten zunehmend unter Druck: Staaten wollen nicht auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam gemacht werden – weder von NGOs noch von Menschenrechts-Institutionen. Attacken und Diffamierungen gegen nationale Menschenrechtskommissionen seien vielerorts zu beobachten, sagte der australische Wissenschaftler Brian Burdekin 2015 in einem Interview. Die Reaktion der australischen Regierung auf Kritik an ihrer

Flüchtlingspolitik lieferte dafür nur ein Beispiel.

Weniger Unterstützung. Ein anderer Weg im Umgang mit unliebsamen Kritikern ist das finanzielle Aushungern. Beispiel CIDH: Die Interamerikanische Menschenrechtskommission machte jüngst von sich reden, als sie verkündete, „in einer extremen Finanzkrise mit schwerwiegenden Auswirkungen auf ihr Mandat und ihre Kernfunktionen“ zu stecken. Grund für die dramatische Lage sei einerseits ein Rückgang der Unterstützung aus Europa aufgrund der Flüchtlingssituation, andererseits aber vor allem die mangelnde Hilfe durch die lateinamerikanischen Staaten. 40 Prozent der Mitarbeiter müssten demnächst entlassen werden, dadurch würden „tausende Opfer von Menschenrechtsverletzungen“ schutzlos zurückgelassen, so die Kommission.

Zwei der jüngsten Tätigkeiten der CIDH – die nach Mexiko entsandte ExpertInnengruppe, die das Verschwinden der 43 Studenten untersuchte oder die Überprüfung der Ermittlungen im Mord an der Aktivistin Berta Cáceres in Honduras – erklären gleichzeitig den mangelnden Finanzierungswillen der Staaten. Denn allgemein gilt: je gravierender die Menschenrechtslage in einem Land, desto weniger möchte die Regierung darauf aufmerksam gemacht werden.

Christina Bell ist Journalistin mit den Schwerpunkten Menschenrechte, Lateinamerika und Naturschutz. Sie lebt aktuell in Mexiko-Stadt.

Brutalität a la mexicana

Wie das Verschwinden von 43 Studierenden in Mexiko zu Massenprotesten führte – und was das mit Drogenkartellen und dem „Islamischen Staat“ zu tun hat.



„43 – Wir vergessen euch nicht, wir geben euch nicht auf – alle auf die Straßen!“ – Aufruf zu einer Demonstration.
Foto:
www.facebook.com/Desinformemonos

Es reicht! Viele Menschen in Mexiko haben genug. Tausende gehen in Mexiko-City und in anderen Städten auf die Straßen und protestieren gegen Polizei, Soldaten und Staat. Laut dem Journalisten Philipp Lichterbeck, der die Situation hier beschreibt, ist „eine Protestbewegung [...] entstanden, wie sie Mexiko seit Jahren nicht gesehen hat“.

Um was geht's? Der Fall der „43“ oder auch der „Fall Ayotzinapa“, bringt womöglich das Fass im zentralamerikanischen Staat zum Überlaufen: Im September 2014 verschwanden 43 Studierende einer höheren Schule in Ayotzinapa in der Provinz Guerrero im Westen Mexikos. Von einem Studierende wurden mittlerweile Überreste gefunden, von den anderen fehlt jede Spur. Der bisherige Bürgermeister der Stadt Iguala José Luis Abarca und seine Frau, María de los Ángeles Pineda, rückten nach Wochen ohne Information ins Visier der Justiz. Sie wurden in Untersuchungshaft genommen – und angeklagt: Abarca gilt als Hauptverdächtiger. Seine Frau muss sich wegen mutmaßlicher Verbindungen zum organisierten

Verbrechen, Drogenhandel, Geldwäsche und Entführung vor Gericht verantworten.

Die „43“ und Ayotzinapa sind zum Symbol geworden. Viele Menschen in Mexiko stehen nun auf gegen Korruption und gegen die Machenschaften der Drogenkartelle, die mit Akteuren Politik und Wirtschaft gemeinsame Sache machen.

Terror à la IS. In öffentlichen Debatten in Europa wird in der Brutalität des selbsternannten „Islamischen Staates“ (IS) eine Grenzüberschreitung gesehen. Doch die mexikanische Bevölkerung muss ähnlichen Terror schon seit Jahren erdulden. Im Drogenkrieg starben bisher über 100.000 Menschen. Enthauptungen, Massakrierungen, willkürliche Ermordung von ZivilistInnen – das alles ist in Mexiko schon lange traurige Realität. Immer wieder weisen Medien und ExpertInnen auf Parallelen zwischen Drogenkartellen und dem IS hin.

Basis Bevölkerung. Im Falle des IS spielen die Sunniten eine entscheidende Rolle: Analysten sind sich einig, dass für eine nachhaltige Bekämpfung des IS im Irak mit Sunniten zusammengearbeitet werden muss. Von ihnen werden die Dschihadisten immer wieder auch unterstützt.

Vielleicht spielt auch die zivile Bevölkerung in Mexiko eine wichtigere Rolle als ihr bisher zugestanden wurde. Denn wer die Drogenkartelle bekämpfen will, muss die Korruption und die mafiösen Strukturen in Mexikos Eliten bekämpfen. **red**

Kontakte zum Thema:

Dr. Sylvia Karl, wissenschaftliche Mitarbeiterin, FG Kultur- und Sozialanthropologie, Philipps-Universität Marburg. sylvia.karl@uni-marburg.de. Telnr. Büro: 0049-6421-2822036.

Forschungsschwerpunkte:

Regional: Lateinamerika, insbes. Mexiko

Sachthemen: Politische Anthropologie, Konfliktanthropologie, Postkonfliktgesellschaften, Transitional Justice,

Drogenkriege, Narco-Gewalt und Narco-Kultur

Philipp Wolfesberger. Dissertant an der Universität Wien im Fach Politikwissenschaft E-mail:ph.wolfesberger@gmx.at

Forschungsschwerpunkt: Gewalt im Bundesstaat Michoacan, Mexiko

Prof.in Dr.in Raina Zimmering, Abteilung für Politik und Entwicklungssoziologie

Institut für Soziologie, Johannes Kepler Universität Linz
Altenberger Str. 69, 4040 Linz

Tel.: 0043 732 2468857

Raina Zimmering promovierte in Berlin zur Außenpolitik lateinamerikanischer Staaten und lehrt heute als Professorin am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz in Österreich. Sie ist Mitglied der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte in Mexiko (CCIODH)

Christine Esterbauer. Dissertantin an der Universität Wien im Fach Politikwissenschaft zum Thema Arbeitsrechte in Mexiko. Master in Politische und Soziale Studien an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko.

Esterbauer hat Kontakte zu mexikanischen AktivistInnen in Österreich und auch auf internationaler Ebene, ebenso kann sie Kontakt zu den Studierenden der Schule von Ayotzinapa herstellen.

christineest@gmx.at

Initiative in Österreich

Auch hierzulande hat sich eine Bewegung gebildet, die sich mit den Anliegen der Protesten in Mexiko solidarisiert. Hier geht's zum Blog des Kollektivs.

Hinweis: Die Gruppe erwartet den Besuch des Wissenschaftlers John M. Ackerman, einem Sprachrohr der Bewegung in Mexiko, Ende April. Details dazu über die Solidaritäts-Gruppe bzw. Christine Esterbauer.

Newsletter 2/2013 Innovation, Technologie und Entwicklungspolitik

(15. Oktober 2013) Oft gehen Innovation und Entwicklung Hand in Hand – mit neuen Ideen lassen sich Defizite aufholen, wie unser Beitrag zum modernen Afrika zeigt. Manche Projekte bringen allerdings für Mensch und Natur große Gefahren mit sich. Gehört der Kanal-Bau in Nicaragua dazu? Und ob „faire“ IT möglich ist, danach fragt unser erster Beitrag:

- **Wie (un)fair ist die IT-Branche?** Fairphone, Kritik an Apple wegen Foxconn, etc. Die Plattform Medien & Entwicklung gibt Orientierung. Mehr
- **Wieso Afrika kein Festnetz braucht** Bauern, die bargeldlos via Mobiltelefon überweisen, das twitternde Ruanda und E-Learning in Flüchtlingslagern: Auch das ist Afrika. Mehr
- **Panama bekommt Konkurrenz** Nicaragua unternimmt einen neuen Versuch, einen Kanal zwischen Pazifik und Atlantik zu bauen. ÖkologInnen schlagen Alarm. Von Leo Gabriel. Mehr